

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badischer Beobachter. 1863-1935  
1910**

259 (14.11.1910) 2. Blatt

# Nr. 259 Badischer Beobachter Montag

## 2. Blatt. 14. Nov. 1910.

### Die beste Rechtfertigung der Reichsfinanzreform

bringt der neue Staat. 1911 war das schwierigste Jahr; denn die neuen Steuern konnten noch nicht in voller Höhe liegen, wohl aber traten schon eine Menge neuer Ausgaben hinzu; es sei nur erinnert an die Tilgung der Blockliquidationsmuff und die Erhöhung des Reichskonsolidierungsfonds. Auch die Marine wächst mit ihren Ausgaben. Da kommt nun mancher Bangen fragen: Kann der Staat 1911 im Gleichgewicht gehalten werden? Heute darf die Frage bejaht werden, und zwar nach städtischer Prüfung der Vorlagen. Der ganze Staat ist momentan aufgestellt und hält jeden Krüppel stand; es sind momentan nicht die Einnahmen zu hoch eingestellt; denn schon halten sich liberale Blätter darüber auf, daß die neuen Steuern nicht alles bringen würden. Aber ganz selbstverständlich, nur ist erst 1913 als Beharrungspunkt eingetreten.

Das Reichschaos hat nun dem Staat eine dankenswerte Dentschlagung vorausgesetzt, welche die 16 Grundsätze für Aufstellung des Staats enthält. Wie wir hören, soll die Entschrift jetzt dem Staat gegeben werden, damit das Stabium derselben erleichtert wird. In diesen Grundsätzen erkennt man leicht drei große Gruppen: 1. Bundesstaaten und Staat, 2. Schuldeneinheiten, 3. Einnahmen im allgemeinen. Eine objektive Prüfung der Verhältnisse wird ergeben, daß man im allgemeinen diesen Grundlagen zufolgen kann, daß aber auch gerade durch die Durchführung dieser Grundsätze der Staat im Gleichgewicht bleibt.

An den inhaltschwächeren Sägen, die sich mit dem Verhältnis der Einzelstaaten zum Reichshaushalt beschäftigen, ist das erfreulichste, daß der Staat im Gleichgewicht in und ohne Zuschuflanteile mehr nötig hat. Das Gleichgewicht konnte hergestellt werden durch 80 Pg. auf den Kopf ungedeckte Mortifikationsrate. Wenn auch der Reichstag 1909 eine gesetzliche Bindung auf diesen Satz mit steuer abgelehnt hat, so ist nun doch schon für 3 Jahre nacheinander tatsächlich dieser Satz erhalten worden. Wenn man 1911 mit ihm auskommt, wird es auch noch die beiden ausstehenden Jahre des Finanzausgleiches gehen, und man hat in der Praxis keiner und vollkommen das erreicht, was ein leerer Paragraph nicht herbeigeführt hätte. Man sieht auch hier, daß Männer und nicht Paragraphen den Gang der Finanzverhältnisse bestimmen. Die Bundesstaaten können sich auch jetzt wieder einrichten, daß sie dem Reich nur eine bestimmte Summe zu zahlen haben. Aber diese auch ganz; denn dieser Satz sagt klar, daß ein Übertritt aus dem Brannweinsteuer dem Reich verbleibt, das auch den Bundesstaaten garantiert, daß sie den veranschlagten Satz erhalten. Man hat daher die Einnahmen um 15 Millionen Mark niedriger angelegt. Außer der Wirkung des Brannweinboots kommen in Betracht, daß der Schnaps keine sehr verdienst zum Ausstausch kommt; das zugeführte Wasser zahlt keine Steuer. Dieser Rückgang im Verbrauch muß den Bundesrat bestimmen, alsbald an die Heraufsetzung der Gesamtcontingentenmenge zu geben; es dürfen nicht mehr 2,1 Millionen Brannweinboots bleiben, sondern nach diesem Steuerdurchfall nur 1,75 Millionen Hettoliter. Sonst entstehen verdeckte "Liebesgaben" schlimmster Art und die Reichsfinanzen gehen unter. Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung auch bereits diese Heraufsetzung vollzogen und damit 10 Millionen Mark dem Reich gereicht. Gerade die nicht erhöhte Aufprachnahme der Bundesstaaten beweist, daß die Reichsfinanzen gesunden.

Mit den Schulden weisen defasten sich 7 Sägen in der Übersicht der Nordde. Allg. Zug. und auch sie

können auf Billigung rechnen. Die beste Seite am Staat ist, daß er eine neue Anleihe von nur 97 Millionen Mark vorzieht; eine solch niedrige Summe war unter 100 Millionen nie vorhanden. Man atmet förmlich auf, daß man wieder einmal mit einer zweistelligen Zahl auskommt; beim alten Regime hätte man es bald auf vierstellige Zahlen gebracht. Auch der Stabumweitungsfreibet geht zurück; die ehemaligen Bestände des Reiches wachsen. Der Minzergewinn dient nicht ordentlichen Ausgaben. Bei allen Neuauflagen sind die in der Finanzreform vorgelegten Tilgungszeiten eingehalten. Die Gewundung der Reichsfinanzen steht man diesem Staat hier am deutlichsten an. Ja, man kann noch einen Schritt weiter gehen: müßte man in diesem Jahre nicht die Blockliquidation begleben, so hätte der Staat einen Überschuss von nahezu 40 Millionen Mark. Und da reden die Blockdrücker noch von einem Fiasco der Reichsfinanzreform! Man kann ob dieser neuen Verhältnisse nur sein Erstaunen ausdrücken. Der neue Staat ist gerade nach dieser Richtung gegen die alte Verfestigung der Reichsfinanzreform; eine bessere kann die Stenomehrheit gar nicht wünschen. Besondere Beachtung verdient der von der Schuldenbildung handelnde 2. Satz, da er den Reichschauspiel Bewegungsfreiheit gibt, es kann nun als Käufer auf dem Markt auftreten und es kommt nicht immer nur als Verkäufer. Für 94 Millionen Mark kann Herr Bernuth nächstes Jahr auftragen und ganz gesichert ist dieser Behauptung auch rückwirks Kraft für 1910 gegeben. Der Reichstag stimmt sicher zu; denn er will nicht haben, daß das Reichschauspiel wie ein Pogode dasigt und den Sinfen des Kurses stimmt zusicht. Jetzt kann es eingreifen, wie es will und dem "kaufmännischen Geist" in an der richtigen Stelle eine Konzession gemacht werden. Der Reichstag wird diesen Vorschlag mir begrüßen können; es zeigt sich darin, daß man im Reichschauspiel nach einem großzügigen Plane mit allen Mitteln an der Hebung des Kurses der Auktionen arbeitet. An diesem Handlungsmaterial scheitert jeder Versuch der Gegner.

Leben das Einnahmewesen allein kann es noch zu Meinungsverschiedenheiten kommen. Die vorliegende Einschätzung oder Einnahmen verdient Unterstützung: Leuchtmittel, Wechsel- und Scheineuer (drei Vorlagen des Bundesministers) brachten nicht den geschätzten Erfolg; andere Steuern dafür mehr. Das Schlußbild ist bestreitbar. Die Ueberprüfung der Verwaltungen sind nicht so hoch gerechnet. Die Einnahmen aus dem Kalifat werden nicht so glatt wieder als Ausgaben geregelt werden; zunächst hat der gesamte Ertrag der Lieferungsentnahmen dem Reich zu verleihen. So sieht es im Geiste. Auch die Produktionsabgabe von 50 Pg. pro Doppelzentner mag nicht dem Kalifat bestimmt zugestehen, seitdem man erfahren hat, wie dieses Schnapsunternehmen und die Schnapsunternehmen wieder getrennt sind. Dennoch ist nun den Schnapsunternehmen zu Hilfe gekommen und hat den Brannweinwider wieder gerettet, indem er das Kontingent herabgesetzt. Dadurch kann der bisher durch den Leipzigischen Beschluss erzielte Brannweinverbrauch von Brannwein nicht mehr die Belebung der Liebesgabe zur Folge haben, denn in dem Augenblick, in dem das Kontingent wieder geringer ist als der Verbrauch von Spiritus — und die Herabsetzung des Kontingents hat die Grenzlinie innerhalb — in diesem Augenblick wird wieder die auf dem nicht kontingentierten Spiritus liegende höhere Steuer präzisieren für den gesamten Brannweinverbrauch. Der Bundesrat hat also vorläufig den Brannweinwider, der die Liebesgabe bedrückt wird, gerettet. Aber nur vorläufig, — noch ein paar solche Siege, und die Schnapsunternehmen sind verloren. Denn der Herabsetzung des Kontingents ist ja gleichzeitig die amtliche Bestätigung, daß unser Schnapsboot gewirkt hat. Von 2,25 auf 1,76 Mill. Hettoliter ist das Kontingent herabgesetzt, demnach die Liebesgabe von 45 auf 35 Mill. Pg. verringert worden, also um 10 Mill. Pg. Um so viel schneidet die Schnapsunternehmen im nächsten Jahre weniger als vorher. Gewiß hat der Schnapsboot gewirkt und noch mehr die Verdümmung des ausgeschossenen Brannweins. Aber der Bundesrat hat durch die Herabsetzung des Kontingents nicht den Brennern einen Gefallen getan, sondern nur den Reichsstaate, welche beim alten Kontingent 10 Mill. Pg. hätte auszahlen müssen. Der Brenner wäre es gern lieb gewesen, wenn nichts geändert worden wäre; sie hätten keinen Nachteil gehabt. Der "Vorwärts" hat durch diese Schürfung verurteilt, daß er keine Ahnung von den Verhältnissen in der Brannweinindustrie hat.

### Deutschland.

Berlin, 14. November 1910.

▲ „Sieg“ und „Niederlage“ Köln. Die liberale Presse treibt ein ziemliches Possenpiel; fälschliches liberale Blatt des Reiches scheint einen „eigenen Berichterstatter“ in Rom zu haben. 50 Proz. der liberalen melden, Kardinal Fischbeck habe durch seine Romreise einen großen „Sieg“ erzielt; die ehemaligen Bestände des Reiches wachsen. Der Minzergewinn dient nicht ordentlichen Ausgaben. Bei allen Neuauflagen sind die in der Finanzreform vorgelegten Tilgungszeiten eingehalten. Die Gewundung der Reichsfinanzen steht man diesem Staat hier am deutlichsten an. Ja, man kann noch einen Schritt weiter gehen: müßte man in diesem Jahre nicht die Blockliquidation begleben, so hätte der Staat einen Überschuss von nahezu 40 Millionen Mark. Und da reden die Blockdrücker noch von einem Fiasco der Reichsfinanzreform! Man kann ob dieser neuen Verhältnisse nur sein Erstaunen ausdrücken. Der neue Staat ist gerade nach dieser Richtung gegen die alte Verfestigung der Reichsfinanzreform; eine bessere kann die Stenomehrheit gar nicht wünschen. Besondere Beachtung verdient der von der Schuldenbildung handelnde 2. Satz, da er den Reichschauspiel Bewegungsfreiheit gibt, es kann nun als Käufer auf dem Markt auftreten und es kommt nicht immer nur als Verkäufer. Für 94 Millionen Mark kann Herr Bernuth nächstes Jahr auftragen und ganz gesichert ist dieser Behauptung auch rückwirks Kraft für 1910 gegeben. Der Reichstag wird diesen Vorschlag mir begrüßen können; es zeigt sich darin, daß man im Reichschauspiel nach einem großzügigen Plane mit allen Mitteln an der Hebung des Kurses der Auktionen arbeitet. An diesem Handlungsmaterial scheitert jeder Versuch der Gegner.

■ Die staatsrechtliche Seite des Verkaufes des Tempelhofer Feldes ist glatt geregelt im neuen Staat. Die beiden ersten Raten sind in den Rechnungsergebnissen eingestellt und die dritte Rate kommt im neuen Staat. Dadurch ist dem Reichstage die Möglichkeit gegeben, in voller Freiheit zu dem Verkauf eine Stellung zu nehmen. Die Regierung wählt das Budgetrecht des Reichstages vollständig und der lege Zweifel ist gesetzlich rückwirksam für 1910 gegeben. Der Reichstag stimmt sicher zu; denn er will nicht haben, daß das Reichschauspiel wie ein Pogode dasigt und den Sinfen des Kurses stimmt zusicht. Jetzt kann es eingreifen, wie es will und dem "kaufmännischen Geist" in an der richtigen Stelle eine Konzession gemacht werden. Der Reichstag wird diesen Vorschlag mir begrüßen können; es zeigt sich darin, daß man im Reichschauspiel nach einem großzügigen Plane mit allen Mitteln an der Hebung des Kurses der Auktionen arbeitet. An diesem Handlungsmaterial scheitert jeder Versuch der Gegner.

■ Keine Ahnung von der „Liebesgabe“ hat der „Vorwärts“, wie er in seiner neuesten Nummer zeigt; es ist uns noch nie vorgekommen, daß ein Parteipolitiker dergestalt blamiert. Der Bundesrat hat bestimmt das Kontingent von 2,25 Mill. Hettoliter auf 1,75 Mill. Hettoliter heruntergelegt und das nennt der „Vorwärts“ eine „Abteilung des Brannweinwunders“; er schreibt, nachdem er die Folgen des Schnapsbootes gchildert hatte: „Der Bundesrat ist nun den Schnapsunternehmen zu Hilfe gekommen und hat den Brannweinwider wieder gerettet, indem er das Kontingent herabgesetzt. Dadurch kann der bisher durch den Leipzigischen Beschluss erzielte Brannweinverbrauch von Brannwein nicht mehr die Belebung der Liebesgabe zur Folge haben, denn in dem Augenblick, in dem das Kontingent wieder geringer ist als der Verbrauch von Spiritus — und die Herabsetzung des Kontingents hat die Grenzlinie innerhalb — in diesem Augenblick wird wieder die auf dem nicht kontingentierten Spiritus liegende höhere Steuer präzisieren für den gesamten Brannweinverbrauch. Der Bundesrat hat also vorläufig den Brannweinwider, der die Liebesgabe bedrückt wird, gerettet. Aber nur vorläufig, — noch ein paar solche Siege, und die Schnapsunternehmen sind verloren. Denn der Herabsetzung des Kontingents ist ja gleichzeitig die amtliche Bestätigung, daß unser Schnapsboot gewirkt hat. Von 2,25 auf 1,76 Mill. Hettoliter ist das Kontingent herabgesetzt, demnach die Liebesgabe von 45 auf 35 Mill. Pg. verringert worden, also um 10 Mill. Pg. Um so viel schneidet die Schnapsunternehmen im nächsten Jahre weniger als vorher. Gewiß hat der Schnapsboot gewirkt und noch mehr die Verdümmung des ausgeschossenen Brannweins. Aber der Bundesrat hat durch die Herabsetzung des Kontingents nicht den Brennern einen Gefallen getan, sondern nur den Reichsstaate, welche beim alten Kontingent 10 Mill. Pg. hätte auszahlen müssen. Der Brenner wäre es gern lieb gewesen, wenn nichts geändert worden wäre; sie hätten keinen Nachteil gehabt. Der „Vorwärts“ hat durch diese Schürfung verurteilt, daß er keine Ahnung von den Verhältnissen in der Brannweinindustrie hat.

### Ausland.

Frankreich.

— Eine Gefahr. Im „Univers“ nimmt ein General Bourcely Stellung gegen den freimaurerischen Arbeitsminister Lafferey. Als Offizier befassen wir uns, so schreibt der General, nicht mit der Tätigkeit des Arbeitsministers, wir sind sogar froh, dies nicht tun zu müssen. Was uns aber nicht indifferent läßt, das ist die Anwesenheit eines Politikers im neuen Kabinett, der eine der Armeen feindliche Seite personifiziert. Dieser Minister wird an den Beratungen teilnehmen, welche sich mit der Armee beschäftigen und wird sich über die Wahl der militärischen Führer aussprechen haben. Es wäre interessant, die Gründe kennen zu lernen, auf welche die Berufung Lafferres ins Ministerium gestiftet werden kann. Welche Gründe es aber auch sein mögen, sie werden nicht beweisen, daß die Armeen die Ratschläge dieses Freimaurers in der Regierung nicht zu fürchten hätte. Seine Gegenwart allein ist für alle Offiziere eine Gefahr.

— Der Kongress der Bürgermeister und die Unterhaltung der Kirchen. Die französischen Bürgermeister, welche in Lyon zu einem Kongress zusammengekommen sind, haben sich der „Lothr. Volksstimme“ zugesellt in einer ihrer Sitzungen u. a. auch mit dem Trennungsgesetz beschäftigt, speziell mit der Ausweitung der Kirchen. Den Bericht erstattete der Bürgermeister Henriot von Lyon, bezeichnenderweise der Mann, der sich geweigert hat, die Kirchen der Stadt Lyon zu restaurieren. In einem Kundschreiben des Kultusministers wurden vier Arten der Reparaturen der Kirchen unterschieden: solche aus militärischer Nöthe, solche, welche die Erhaltung der Kirche als Gemeindegut fordert und schließlich solche, welche der Kultus verlangt. Diese Reparaturen auszuführen werden in dem Titular aber nicht als Pflicht ausgesetzt angesehen. Die Bürgermeister wollen nun ein Gesetz, das ein für alle Mal Klarheit in dieser Frage schafft und es wurde trotz Widerstandes die Resolution gefasst, den Artikel 5 des Trennungsgesetzes so zu ändern, daß der Bürgermeister der Kirche zu den Reparaturen jeder Art anzuhalten sei. Kommt er diesem nicht nach, so kann ihm die kostenlose Benutzung der Kirche durch den Bürgermeister oder das Departement entzogen werden. Das kommt darauf hinaus, die Katholiken, welche durch das Trennungsgesetz das Eigentum der Kirchen entzogen wurden, noch obendrin mit allen Lasten zu beladen. Diese Resolution der Bürgermeister wird sicherlich Widerspruch und Protest hervorrufen.

— Schwarze in der französischen Armee. Oberleutnant Mongin, der im Auftrag des Kriegs- und Kolonialministers in Französisch-Weißafrika die Frage der Rekrutierung der Eingeborenen studiert hat, traf gestern in Bordeaux ein und erklärte einem Berichterstatter, es werde ein Leichtes sein, innerhalb vier Jahren mindestens 20 000 Eingeborene für die Armee angeworben. Man dürfe in militärischer Hinsicht die Behauptung aufstellen, daß die Bevölkerung Frankreichs durch die Bewohner von Französisch-Weißafrika um 12 Millionen und durch die Eingeborenen Algeriens um 5 Millionen vermehrt werden könnte. Durch Schaffung einer schwarzen Armee werde es möglich sein, die Armee des Mutterlandes um ungefähr 32 000 Mann zu verstärken.

### Fritz Reuter.

(Schluß.)

So wäre bald Gras über jene Borgänge gewachsen gewesen. Da ereignete sich das Frankfurter Attentat. Ein kleiner Haushaltswirt aus einem Studenten und Bauern untertrifft, überrumpelt die dortige Wache und fordert die zusammengelaufene Menge auf, sich ihrer unbekannten Sache anzuschließen. Man ließ sie allein. Die herbeigekommenen Truppen stellten bald die Ordnung wieder her. Die Berichterstatteren wurden verhaftet. Von den Gefangenen ließen sich die Spuren verfolgen bis zu den Universitäten und insbesondere zu den politischen Vereinigungen. Die Folge war die Verhaftung sämtlicher Kommissionen.

Fritz Reuter war während dieser Zeit zu Hause und blieb von seiner Regierung unangeschaut. Endlich glaubte er, die Ruhe sei wieder eingeföhrt und sich frei von Schuld wissen, besog er die Universität Leipzig, um seine Studien fortzusetzen. Dort wurde er als früherer Burschenschaftsgegner ausgewiesen und nun wandte er sich nach Berlin. Kaum dort angekommen, wurde er verhaftet. Stammbuchsblätter, die von Freiheit sprachen, wurden zu Zeugen seiner Mitschuld. Die harte Unterjuchungshaft donierte über 3 Jahre. Man versagte ihm Tinte und Feder. Um sich die wohnliche Langeweile zu vertreiben, schnitt er aus dem Buchoden einen Holzsäbel und schnitt sich daraus eine Feder und bereitete aus gebraunten Walnusschalen eine Tasse. So schrieb er verzweiflungsvolle Gedichte auf Papier. Seine Gefundheit, insbesondere auch sein Augenlicht litt in den dumpfen, dunklen und feuchten Gewölben der Festungskadematten schwer. Alle Benützungen seines Vaters und seiner heimatlichen Regierung, ihn nach Mecklenburg auszuliefern, scheiterten. Endlich nach langen Verhandlungen erfolgte das Urteil, ohne nähere Begründung. Von 204 Angeklagten wurden 39 wegen „Verbrechens zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt; unter diesen 39 war Fritz Reuter. Friedrich Wilhelm III. begnadigte davon 4 zu lebenslanger Festungshaft, und die übrigen zu 30jähriger Festungshaft, unter leichten war Fritz Reuter. Nun folgte ein fast ruhiges Wiederleben; von Zeitung zu Zeitung wurden die Ringlinge geläppt und teilweise mit kürzerer Haft behandelt. Unter dem berüchtigten Kriminaldirektor „Doktor Damach“ mußte er einmal auf der

durch einen Mann getäuscht wurde, der sich als Abenteurer entpuppte.

„Sie ist E. Norden“, sagte Hammer, sich seine Schlüsse ziehend, „dies ist ihr Schreibtisch, das erwähnte Lina Grotenbach gestern. Ich habe das Freilicht gefunden.“

Er konnte heute nichts arbeiten, mit offenen Augen lag er da und träumte.

Es befremdet Eva, daß Hammer sich neuerdings mehr isoliert, er schien jedes Alleinsein mit ihr zu vermeiden. Sie ahnte nicht, daß er es tat, weil er sich zu verraten fürchtete; erst wenn sein Schauspiel Erfolg gehabt, wollte er vor das geliebte Mädchen treten und um ihre Begleitung bitten.

Eva weinte manch heimliche Träne; es wurde ihr klar, daß ihr gutes Herz Hammer gehörte, anders, besser wie einst Latour, — das war damals ein Rauch gewesen, der lange verflohen war, jetzt aber sprach ein tieferes Gefühl für denjenigen, der wie sie gelitten hatte in einem Bunde, den der Tod löste.

Das Stubennädchen hatte beim Aufräumen von den Schriftstellers Stube einmal ein wichtiges Papier verbrannt, seitdem unterzog Eva sich der Arbeit des Ordens, sobald Hammer früh am Morgen fortging; es war ihr eine besondere Freude, für ihn diesen kleinen Dienst zu tun.

„Viel reicht er fort“, dachte Eva traurig, „noll ich ihm sagen, daß ich E. Norden bin? Ach nein, ich kann es nicht.“

Die Tür wurde schnell geöffnet, der, an den sie dachte, trat ein.

„Fräulein Grotenbach“, sagte er erregt, „die Direktion wünscht noch in letzter Stunde eine Änderung im dritten Akt; würden Sie wohl so freundlich sein, das abzuschreiben, was ich sofort umarbeiten will, ich habe leider eine schlechte Handschrift und Eile tut Not.“

„Ja, ich will es mir meiner Mutter sagen“, verließ Eva und eilte fort. Es ist mir jetzt einerlei, ob er mein Geheimnis errät, dachte sie.

Das war ein seltsames Arbeiten zu zweien.

Hammer saß am Schreibtisch und schrieb, Eva

kopierte sauber die mit Bleistift hingerissenen Zeilen.

Plötzlich hörte das Geräusch des hastig über das Papier gleitenden Stiftes auf.

„Warum sehen Sie mich so forschend an?“ fragte das junge Mädchen.

„Tue ich das?“ fragte er, „ich — ich dachte eben über mein Schauspiel nach, die Heldin desselben hat über Sie gewonnen.“

„Ich kenne ja Ihr Stück noch nicht, nur das, was ich hier schreibe, und in diesen Szenen kommt die Heldin des Schauspiels nicht vor. Wie heißt sie?“

„Sie heißt Elvior.“

„Leider kenne ich sie noch nicht, Herr Hammer.“

„Haben Sie meinen letzten Roman gelesen noch nicht?“

„Nein,“ fühlte es sehr leise von Evans Lippen und sie neigte den Kopf tiefer über das Blatt vor ihr.

„So, es interessiert Sie wohl nicht?“

Die Worte kamen im gereizten Ton.

Eva antwortete nicht und war ganz in ihre Arbeit vertieft. Hammer stand auf und trat auf sie zu.

„Bitte!“ sagte er, „geben Sie mir die fertigen Blätter!“

Evas Herz pochte laut.

„Zeigt wird er meine Handschrift als die E. Nor-

dens erkennen.“

Aber die Augen Hammers ruht

## Baden.

Karlsruhe, 14. November 1910.

### Aus dem fortschrittlichen Lager.

Herr Pfarrer Korell sprach vor einigen Tagen in fortschrittlichen Versammlungen in Freiburg und in Karlsruhe. In seiner Rede hat man eine Zusammenfassung dessen, wie sich im fortschrittlichen Lager die gegenwärtige politische Lage vor dem Reichstagswahlkampf spiegelt. Die Sammlungsparole ist nach ihm selbstverständlich vollständig verlesen. „Es gibt keine andere Möglichkeit irgend eines Fortschritts in Deutschland, als durch den Kampf gegen Conservatismus und Zentrum“ lautet der „badische Landeskate“. Nr. 264 der Niederrheinischen Zeitung ist aber ehrlich genug hinzuzufügen: „Denn nur dann können wir Liberale wieder zu irgendeinem Einfluss kommen.“ Der Fortschritt, den Korell meint, besteht also lediglich darin, daß der Liberalismus oben auf kommt. Diesen Fortschritt will das Zentrum natürlich nicht, so sehr es fortschrittsfreudlich ist; das Zentrum ist vielmehr der Ansicht, daß jede Partei so viel Recht hat, Einfluss auf den Staat auszuüben, als ihr tatsächliche Bedeutung zukommt. Ein einzigartiges Parteiprogramm, wie es der Liberalismus stets im Auge hat, ist vom Lebel für das deutsche Reich. Und der Liberalismus hat die wunderbare Eigenschaft, daß er keine Wachstumspräzise auch auf seine Ohnmacht hält, falls es nicht anders geht.

Als Wahlparole für die Reichstagswahlen gab Korell folgendes Bekennnis: „Wir wollen klar bestimmen, daß der Kampf für das Reichstagswahlrecht und parlamentarische Regierungssystem für uns der Hauptpunkt des Kampfes bei den nächsten Reichstagswahlen ist.“ Wir brauchen dem gegenüber kaum zu bemerken, daß es einen entschiedeneren Anhänger des Reichstagswahlrechtes als das Zentrum nicht gibt. Wenn der Liberalismus allein die Stütze des Reichstagswahlrechtes sein müßte, dann hätte man allen Grund, um die Erhaltung des Rechtes besorgt zu sein. Solange das Zentrum in heutiger Stärke vorhanden ist, wird das Reichstagswahlrecht gesichert sein. Das parlamentarische System ist eine Lieblingsidee des Linksliberalismus. Solche Lieblingsideen sind nie ganz ohne das Motiv der Eigentümlichkeit und der persönlichen Eitelkeit. Ministerwerden ist für manche Leute eben noch viel erfreulicher als Abgeordneter werden. Das parlamentarische System ist für das Volk der Wähler weit weniger wichtig, als für Streber, die sich auf dem Rücken des Volkes an einflussreiche Stellen zu schwingen suchen. Diese letztere Frage hat daher nicht dieselbe große Bedeutung für das Volksanliegen, wie für einzelne Persönlichkeiten.

Korell hat natürlich auch das Zentrum angegriffen. Er sprach z. B. von Wahlkundmachern mit der Sozialdemokratie in Sakristeien. Unseres Wissens ist die Form dieser Bezeichnung eine oft widerlegte alte liberale Unwahrheit. Inhaltlich ist an der Behauptung sowieso richtig, daß in Bayern schon Wahlkundmachungen zu bestimmten Zwecken zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erfolgt sind — niemals aber in Baden oder Preußen. Wenn jedoch hente im Liberalismus der Ruf nach der Sozialdemokratie erhöht, dann hat das die Bedeutung, daß der Liberalismus mit der Sozialdemokratie republikanisch und krisenförderliche Politik machen will und kann, soweit es ihm möglich ist. Es hat ferner die Bedeutung, daß der Liberalismus sich schwach fühlt und daher die Hölle des Stärkeren braucht, den aber nachher den Schwächeren entweder mit sich reißen oder vernichten wird. Daraum kann Korell das taktische Zusammengehen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in Bayern nicht auf gleiche Stufe stellen mit dem was man unter Großblock und Großblockpolitik in Baden und im Reich sieht.

Es ist in dieser Beziehung recht bezeichnend, was der „Landeskate“ in gleicher Nummer aus Ebingen berichtet. Dort sprach Dr. L. Haas (Karlsruhe) über „Gottesgnadentum und Volkspolitik“. Davor wurde ein Sozialdemokrat, Heinz Jähner, so degeister, daß er nachher aufstand und sagte:

„Er sei mit 90 Prozent sicher, was Dr. Haas ausgeführte habe, einverstanden, lieberhaupt anerkannte er wiederholte, daß im Linksliberalismus Männer sind, mit welchen wir überallhin gehen können.“ Da-

gegen sei auf die Nationalliberalen kein Verlaß, und ein Block von Bößermann bis Bebel könne deshalb nicht zusammenkommen. Aber Bößermann und Sozialdemokratie könnten und sollten zusammengehen.“

Der „badische Landeskate“ hebt das rühmend und stolz hervor, daß ein Sozialdemokrat den Fortschrittler das Zeugnis ansstellt, daß die Sozialdemokratie mit Männern aus dem Linksliberalismus überall hin zusammengehen können. Und scheint das ein bedenkliches Lob und eine gefährliche Anerkennung zu sein, die auch dadurch nicht abgeschwächt wird, daß dem Sozialdemokraten die Volkspartei doch noch nicht in allen Städten gefällt. Jedentfalls beweist das, was für eine Bedeutung das gewünschte Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie hat. Dass der Nationalliberalismus dabei etwas zu kurz kommt zugunsten des Linksliberalismus ist ja bedenklich. Aber das hängt mit der Entwicklung der Verhältnisse zwischen Linksliberalen und Nationalliberalen überhaupt zusammen. In der Nummer 263 „badischer Landeskate“ ist nach dem Bericht über die Korellsche Rede festgestellt, daß es am Schluss:

„In der „badischen Landeskate“ wird hente mittwoch u. a. behauptet, die Fortschrittliche Volkspartei habe durch die Korellsche Rede Stimmung machen lassen gegen die nationalliberalen Parteien. Wir können den betreffenden Artikel leichter wünschen, daß er die Ausführungen des Herrn Pfarrer Korell überhaupt nicht verstanden hat.“

Bums!

Die „badische Landeskate“ quittiert für die Liebenswürdigkeit in ähnlicher Weise.

### Aus der Rechtspflege.

Die „Kronk. Rtg.“ schreibt ähnlich der Beurteilung des Reichsanwalts Moisach-Schweigern wegen Beleidigung des Professors Treiber, von dem auch in unserem Blatt Notiz genommen wurde, folgendes:

Auf einen Missstand in der Rechtsfrage, der auch konstitutionell gelegentlich hervorgebracht ist, weist der Bericht einer Prozeßgelegenheit in Mannheim besonders deutlich hin. In einem Beleidigungsprozeß des Professors Treiber-Pflaumstadt gegen den Reichsanwalt Moisach-Schweigern hatte Treiber's Berater, ein Reichsanwalt aus Ludwigshafen, die späte Einreichung der Klage damit begründet, daß Treiber sich vergeblich um einen Anwalt bemüht habe. Ein Mannheimer Anwalt, an dem er sich wunderte, habe abgelehnt und ihm bedeutet, daß er in ganz Baden keinen Anwalt finde werde. Dazu erklärt nun der Mannheimer Anwaltsverein, daß allerdings nach einem Beschluss von ihm ein Reichsanwalt des Amtsgerichtsbezirks erst nach Absprache mit dem Vorstand des Anwaltsvereins ein Mandat gegen einen Anwalt annehmen dürfe. In dieser Zwischenlösung werde ein gütlicher Ausgleich gefunden, nach dem Entschlagnen die Genehmigung zur Übernahme des Mandats erzielt werde. Man kann es ja verstehen, daß ein Anwaltsverein befürchtet ist, Prozeß, die seine Mitglieder betreffen, auf günstiger Weise, ohne Gerichtsverhandlung, zur Entscheidung zu bringen, und wenn auch über den Kreis der Anwälte hinaus ein solches Verteilung erfolgreich bestätigt würde, so könnte man damit nur einverstanden sein. Einmal anderes aber ist es, wenn es hierbei zu einer Vereinigung seiner Mitglieder die Annahme eines Mandats gegen einen Anwalt vor Absprache mit dem Vorstand vorliegt. Ein solches Verbot ist, auch wenn es auf einem Vereinsdeutschland beruht, aus moralischen wie aus rechtlichen Gründen höchst bedenklich. Es wird damit ein unerwünschter Einfluss überhaupt unzulässiger Druck ausüben, und ein Sozialdiktat in privaten Rechtsstreitigkeiten, die doch mit dem Stande als soldem gar nichts zu tun haben, aufgebrochen, welche teilschaftlichen Missstände hervorzuheben gescheint ist. Nach der Rechtsanwaltsordnung hat der Reichsanwalt seine Berufstätigkeit in drei Fällen zu versuchen, nämlich wenn sie für eine pflichtwidrige Handlung in Anspruch genommen wird, wenn sie bereits einer Gegenpartei gewidert ist, und wenn es sich um eine freitragende Angelegenheit handelt, an deren Entscheidung er als Richter teilgenommen hat. In allen übrigen Fällen steht ihm die Entscheidung frei, und jeder Zugang über diese Bestimmungen hinaus sollte als ungewöhnlich angesehen werden. Wenn eine Interessenvereinigung gebildet wird mit der Wirkung einer Rechtsveränderung gegenüber Anwälten, so wird dadurch zweifellos ein Rechtsmissbrauch verhindert. Mag es nun auch, wie wir annehmen, nicht so gemeint gewesen sein, so sollte doch auch der Schein einer solchen Tendenz vermieden werden.

Diezen Ausführungen kann man nur zustimmen.

## Handelskammer.

P. Karlsruhe. (Aus den Handelskammern der Handelskammer vom 8. November.) Dem Herrn Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden wurde auf Grund der Erörterung einer Umfrage über die Lage des industriellen Arbeitsmarktes im diesseitigen Kammerbezirk und über deren voraussichtliche Gestaltung im kommenden Winter Bericht ertheilt.

Es wird beschlossen, den Schiffsredakteur Herrn Albert Treiber (Karlsruhe) als Schiffsredakteur für die Aufnahme der Güter von Schiffen zu bestellen und weiter bei dem Großherzoglichen Justizministerium vorzuladen, daß auch in Karlsruhe beobachtete Diligence bestellt werden. — Der Mainheimer Handelskammer soll auf eine Anfrage des Reichsanwaltes des Landkreises Darmstadt die Frage des diesseitigen Einverhöldens damit ausgeworfen werden, ob sie im Namen des Landkreises Darmstadt bei dem Großherzoglichen Badischen Regierung für eine möglichst vollständige Zusammenlegung der Kirchweihen einzutreten. Der Gesamtvorstand des Centralverbands Deutscher Handelsagenturen hat angeordnet, daß § 44 der Gesetzesordnung im Eingange durch Einfügung der gekürzten gebrauchten Worte in folgender Weise abgeändert wird: „Wer in Gewinn des § 44 Warenbefestigungen aufsucht oder Werke austaut, darf hierzu, soweit er nicht Inhaber oder Mitinhaber einer in den Kreisen des Reichs handelsgerichtlich eingetragenen Firma ist, einer Legitimationssatz.“ Eine Anfrage des Centralverbands, ob diese von ihm erzielte Gelehrteänderung die Unterstützung der Handelskammer finden würde, soll bejahend beantwortet werden. Zur Frage der Schiffsfraktabgaben wird folgende Erklärung abgesandt: „Die von der Handelskammer wiederholt getauften schweren Verhältnisse gegen die Einflussnahme von Schiffsfraktabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen Deutschlands sind durch den Befehl des Bundesrates bestehend und dem Reichstag bestätigt worden.“

Die Handelskammer hat darüber hinaus die Befreiung der Mitglieder vom Pflichtenheft zu veranlassen, die den Kaufmannsbeiträgen immer neue Mitglieder zuwerben, damit durch die Mitgliedsbeiträge ansonsten ein Teil der Kosten gedeckt würde. Er betonte nochmals den Zweck des Vereins, die Luftfahrt führt in den gebildeten Kreisen Deutschlands beliebt zu machen, einen geprägten Luftsport zu pflegen, die wissenschaftliche Erforschung der Atmosphäre nach Möglichkeit zu unterstützen und zuletzt den Betreibungen des Deutschen Luftschiffer-Vereins“ nadzusehen. Was die Finanzierung der Beschaffung eines eigenen Ballons betrifft, einigte man sich darin, die nötige Summe von 10.000 M. durch Zusatzbeiträge von Anteilnehmern zu beschaffen. An die deutschen Teilnehmer des Gordon-Bennet-Wettbewerbs 1910 in Amerika, Herrn Hauptmann von Abergern (Ballon „Germania“) und Ingenieur Gerhard Ballon („Düsseldorf“), die die deutsche Nation mit so schönem Erfolg im Kampfe gegen die anderen Länder vertreten haben, wurden Glückwunschtelegramme abgesandt. Nachdem noch Herr Generalmajor von Tempelh. dem Verbandsleiter, Herr Major Zwenger, für seine ddische Tätigkeit als Vorsteher des Vereins den Dank ausgesprochen hatte, wurde die Verammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

komende Geschäftsjahr aus folgenden Herren: 1. Vorsteher: Professor Schütte, der bekanntlich vom nächsten Jahre ab an der hiesigen Hochschule Vorlesungen über Luftschiffahrt hält und auch durch seine bisherige Tätigkeit in Danzig in den weitesten Kreisen bekannt ist. 2. Vorsteher: Professor Pauli von der Technischen Hochschule hier. Schafmeister: Dr. Ehardt, dessen Stellvertreter: Oberleutnant von Ernest (Dragoner-Regiment Nr. 20). Schriftführer: Reichsanwalt Dr. Krauer, dessen Stellvertreter: Herr Moninger jun., Domänen des Fahrzeugausbaus. Major Zwenger (Artillerie-Regiment 14), dessen Stellvertreter: Fabrikant Paul W. und Kajenauer des Fahrzeugausbaus: Herr von Chrubach off., dessen Stellvertreter: Dr. von Rohr. Sämtliche Gewölbe erläuterten sich bereit, die Amtsstube zu übernehmen. Die Herr Professor Schütte zuerst noch nicht hier weilte, so leitete Herr Major Zwenger die Verammlung. Es wurde sodann der Anschluß des Vereins an den allgemeinen Deutschen Luftschiffer-Verein, Sitz Berlin, und an den neu gegründeten jüdischen deutschen Kartellverband der Luftfahrtvereine bestehend aus den Vereinen in Konstanz, Freiburg, Straßburg, Mannheim, Wiesbaden, Darmstadt und Frankfurt a. M. beschlossen. Die nächsten Punkte betrugen die Anfangung von obligatorischen Balloninstrumenten sowie die Finanzierung der Beschaffung einer eigenen Ballons. Herr Major Zwenger wies darauf hin, daß die Aufschaffungen mit großen Kosten verbündet seien, und es schimpfte der Mitglieder sein müsse, in den Vereinsteilnehmern immer neue Mitglieder zuwerben, damit durch die Mitgliedsbeiträge ansonsten ein Teil der Kosten gedeckt würde. Er betonte nochmals den Zweck des Vereins, die Luftfahrt führt in den gebildeten Kreisen Deutschlands beliebt zu machen, einen geprägten Luftsport zu pflegen, die wissenschaftliche Erforschung der Atmosphäre nach Möglichkeit zu unterstützen und zuletzt den Betreibungen des Deutschen Luftschiffer-Vereins“ nadzusehen. Was die Finanzierung der Beschaffung eines eigenen Ballons betrifft, einigte man sich darin, die nötige Summe von 10.000 M. durch Zusatzbeiträge von Anteilnehmern zu beschaffen. An die deutschen Teilnehmer des Gordon-Bennet-Wettbewerbs 1910 in Amerika, Herrn Hauptmann von Abergern (Ballon „Germania“) und Ingenieur Gerhard Ballon („Düsseldorf“), die die deutsche Nation mit so schönem Erfolg im Kampfe gegen die anderen Länder vertreten haben, wurden Glückwunschtelegramme abgesandt. Nachdem noch Herr Generalmajor von Tempelh. dem Verbandsleiter, Herr Major Zwenger, für seine ddische Tätigkeit als Vorsteher des Vereins den Dank ausgesprochen hatte, wurde die Verammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

## Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

P. Karlsruhe, 12. November. Das Groß-Landesgericht der Landwirtschaftskammer im vorigen Jahr so großes gewebliche Vereinigungen bei der Beratung von Vorträgen durch Vermittlung geeigneter Redner und Nebenredner, die später zuverlässige Unterstützung die Unterstützung der Handelskammer finden würde, soll bejahend beantwortet werden. Zur Frage der Schiffsfraktabgaben wird folgende Erklärung abgesandt: „Die von der Handelskammer wiederholt getauften schweren Verhältnisse gegen die Einflussnahme von Schiffsfraktabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen Deutschlands sind durch den Befehl des Bundesrates bestehend und dem Reichstag bestätigt worden.“

— Karlsruhe, 13. Nov. Nachdem die Buchführungsprüfung der Landwirtschaftskammer im vorigen Jahr so großes Interesse bei den Landwirten gefunden haben, werden auch diesen Winter wieder mehrere dreitägige Kurse für häusliche Buchführung nach dem Einheitskunst der Landwirtschaftskammer in verschiedenen Orten des Landes stattfinden. Die Orte und Termine werden nach bekannt gegeben werden. Es ist zu erwarten, daß auch dieses Jahr die Landwirte noch zahlreich teilnehmen werden.

△ Mannheim, 13. Nov. Der 31 Jahre alte verheiratete Angestellte Adam Gross von Neckarhausen reichte beim Angerger zwischen den Wagenstrasse und einer Rampe. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transporte nach dem Krankenhaus starb.

## Lokales.

Karlsruhe, 14. November 1910.

+ Der Badische Luftschiffahrt-Verein (E. B.), der jetzt immer mehr Anhänger für seine anerkennenswerten Betreibungen findet, hielt gestern abend in den Räumen des Badischen Automobilclubs eine Generalversammlung an, in der wichtige Fragen der Vergangenheit standen. Herr Major Zwenger vor dem Artillerie-Regiment „Großherzog“ Nr. 14, der bisherige Vorsteher des Vereins, eröffnete die Sitzung mit Worten des Dankes an die Anwesenden für ihr Ertheilen und teilte mit, daß es ihm ein Dienstleben nicht möglich sei, das Amt des Vorstehenden weiter zu vertragen. Seine Sitzungen des Vereins stand auf der Tagesordnung vor allem die Neuwahl des Vereinsvorstandes, der nach einem Vorschlag des Herrn Major Zwenger eintimmt gewählt wurde. Demnach besteht der Vereinsvorstand für das

jährligen zusammenführten, erweiterten seinen geistigen Horizont.

Nach zweijähriger Wanderschaft ließ er sich in einer idyllisch gelegenen Villa bei Eisenach nieder, wo er nurmehr seiner Muße und leichter Gartenarbeit lebte.

Ehe auf Ehre häufigte man auf den Dichter. Die Rostoder Universität ernannte ihn zum Dr. honoris causa. Seiner „Stromtid“ fiel der „Tiedegepreis“ zu, dessen 100 Dutzend er zu menschenfreundlichen Stiftungen verwendete. Seine Vaterstadt Stavenhagen ließ eine Gedächtnisplatte an seinem Vaterhaus anbringen. Rosterselben wurden an verschiedenen Orten errichtet. Rostereichen gepflanzt und Rostertvereine gegründet; Rosterselben verliehen ihm Orden und Schiffe trugen seinen Namen über den Ozean. Maler und Bildhauer bemühten sich, sein Bildnis der Rostewelt zu erhalten. Rosterselben Rhapsoden redeten und ziehen noch heute unter, um sein Gedächtnis zu erhalten. Seine Werke wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Zu seiner jedoch, nicht einmal in der hochdeutschen Sprache stand die begeistigte innere Gemüthsstimmung und die zauberhafte volkstümliche Naturlichkeit so anheimalend und so lebendig zutage, wie in der plattdeutschen Mundart.

Auch die in seiner Jugend so schwärmerisch ersehnte Einheit Deutschlands konnte er noch miterleben und der aus diesem Anlaß mit Bismarck getauschte Briefwechsel ist für beide Männer ehrenvoll.

Es kam aber auch allgemach die Zeit heran, wo seine Schaffenskraft und seine Feder zusehends erlahmten, wo ihm auch der Druck nicht mehr trug. Ein Herzleiden löste im Frühjahr 1874 sein altes Leben, ein Denktumor an seine Zeitungshälfte. Aber gleichzeitig erlitten auch der Schriftsteller Tod vor seiner im neuen Frühlingsglanze däligenden Villa. Endlich am 12. Juli 1874 erlöste er ihn von seinen fridischen Leiden.

Am 15. Juli folgte ein unerhörbarer Leidenzug dem mit den letzten Worten der Liebe und der Verehrung überreich geschilderten Sarge, unter welchen einer ganz besondere Anteilswert, nämlich ein Krantz von der Rostereiche zu Stavenhagen, die er einst selbst gepflanzt und dem Andenken seiner Eltern gewidmet hatte.

Die Rosterselben Werke sind Perlen echten,

wüchsigen, gemütlichen deutschen Humors und sie geben Zeugnis von einem reinen, lantaren, die tiefsten Regungen der Menschenherzen erfassenden Manne, die den mit der Last des Alltags so schwer beladenen Menschen immer wieder emporheben in die Gefilde bürgerlicher Genügsamkeit und Zufriedenheit, in die Sphären tiefer Religiosität und unerschöpferlichen Gottvertrauens und in das Land voll Paradieseglück und Sonnenchein.

Jos. Strobel, Karlsruhe.

## Theater und Kunst.

Karlsruhe, 14. November.

Großes Hoftheater. Heute abend wird Prof. Siegfried Friedmann mit der nochmaligen Darstellung der Titelrolle von Gustav Goethes „König Lear“ sein hießiges Ehrenpreis „Der König Lear“ vorgetragen. Unter den angedeuteten Aufführungen ist die für Dienstag, den 15., anstehende Aufführung von Richard Wagner's „Rienzi“ zugunsten der Hofftheaterpensionärsanstalt eines befreundeten Hofsbeamten wert, weil ihrem Besuch das diezige Fürsorgefeste zu zufriedenste wird. Für Donnerstag, den 17., ist Beethoven's „Fidelio“, für Samstag, den 19., die erste Aufführung von Glucks „Iphigenie in Aulis“ und für Montag, den 21., Beethovens „Aida“ angelegt. Am Freitag, den 18., wird nach über einjähriger Pause wieder der „Rheinische Feuerwehr“ aufgeführt. Am Pfingsttag, den 20., bleibt das Hoftheater geschlossen. Zur weiteren Pflege des Hofftheaterpensionärs wird der „Ring der Nibelungen“ durch ersten Maler, „Münchhausen's Antwort“, „Mirandolina“ und das Weihnachtsmärchen „Trollied und Pudding“.